Morgen-Ausgabe

225 Jahre

Nummer 53 a

Einzelpreis 10 Pfennig.

Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1703 1928

Bezugspreis: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Zustellung 2,50 G.-M. ausschließlich Zustellungsgebühr. — Bestellungen nehmen sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Austrägerinnen entgegen. — Höhere Gewalt entbindet den Verlag von Schadenersatz. Zeitungsabbestellungen werden nur bis zum 5. des Vormonates angenommen.

Halle-Saale

Anzeigenpreis: Die 5 gespaltene 35 mm breite Millimeterzeile 35 Pfg. Lokale Anzeigen 25 Pfg. Familien-Anzeigen 15 Pfg. Stellengesuche 15 Pfg. Im Zeitungsteil 30 mm breite Zeilenmillimeterzeile 80 Pfg. Lokale nach Taxe. Geschäftsstellen des Hallen. Saale-Kreises 10 % Teuerungszuschlag.

Geschäftsstelle Halle-Saale: Leipziger Straße 61/62. — Fernruf Zentrale 27 801, abends von 6 Uhr an Redaktion 25 609 u. 25 610. — Postscheckkonto Leipzig 20 512.

Freitag, 2. März 1928

Geschäftsstelle Berlin: Bernburger Str. 30. Fernruf Zentrum Nr. 6290. Eigene Berliner Schriftleitung. — Verlag v. Trinkhaus & Schlecht, Halle-Saale

Fiasko der französischen „Friedenstechnik"

Der offenherzige Kellogg

Der Briandsche Gedanke eines „ewigen Friedenspaktes" gestaltet sich zu einer französischen Komödie der Irrungen

Berlin, 1. März.

Seit dem Abschluß der Friedensverträge gibt es in Europa zwei Kategorien von Staaten, Sieger und Besiegte, dies war die Losung für jede der unzähligen Bestimmungen des Versailler Vertrages, für den ganzen Geist dieses Machwerks des Hasses, und diese Losung hat sich trotz Völkerbund und Locarno auch bis auf den heutigen Tag als Leitstab für die Politik der ehemaligen Alliierten erhalten.

Wie ließe sich sonst das Sicherheitsgeschrei der französischen Presse und Oeffentlichkeit trotz der im Locarnovertrag gewährten weitgehenden Garantien erklären, worauf wäre sonst die französische Sicherheitspolitik in Genf zurückzuführen, die lediglich auf die Aufrechterhaltung des sogenannten status quo, d. h. der durch die Friedensverträge geschaffenen Zustände, abzielt, die Verzögerung der Abrüstung, die Sabotierung jeglicher sachlichen Arbeit, die offenkundigen Versuche, der Welt über die wahre Lage immer wieder Sand in die Augen zu streuen usw.? — Es besteht ein Gegensatz zwischen den Worten und den Taten in Paris, die jede neue Konferenz, jede neue Tagung und Zusammenkunft, jedes neue größere politische Ereignis von gewisser Tragweite in Europa von neuem unbarmherzig enthüllt. Hinter vielen großen Worten, daß der europäische Friede gesichert werden müsse, daß Frankreich zu dessen Erhaltung alles aufwenden werde usw., verbirgt sich lediglich die Sorge darum, daß die durch Versailles geschaffene neue Weltordnung ins Wanken kommen könnte. An dem wahren Uebel wird darum immer wieder vorbeigeredet, das Augenmerk künstlich abgelenkt, andere angeblich dringende Probleme in den Vordergrund geschoben, um die Kluft zwischen dem, was ist, und dem, was man zu sein vorgibt, nicht allzu unverhüllt hervortreten zu lassen.

Aber ab und zu wetterleuchtet es. Durch einen kleinen Anstoß wird immer wieder einmal das ganze Lügengebäude enthüllt, dann werden die französischen Tendenzen unbarmherzig bloßgestellt, die lediglich darauf abzielen,

die in Versailles geschaffene Einteilung der Menschheit und die dort begründete Herrschaftsstellung Frankreichs zu verewigen.

Dieser Anstoß erfolgt manchmal von ungefähr, er wird aber auch ab und zu von anderen Mächten gegeben, die die Verantwortung für die Versailler Herrlichkeit ablehnen.

So jetzt durch die Kelloggnote. Amerika ist am Völkerbund, dessen Statuten ja auch in Versailles geschaffen worden sind, nicht interessiert; Amerika kann sich zudem dank seiner Stellung über Europa und den europäischen Zwistigkeiten, dank vor allem seiner einzigartigen finanz- und wirtschaftspolitischen Lage schon einmal leisten, einem Freund die Wahrheit zu sagen. Dies tut denn auch Kellogg in einer so offenherzigen und ausgiebigen Weise, daß die Verlegenheit in Paris keine Grenzen kennt. — Wer die Motive und die Geschichte des Briandschen Paktangebots an die U. S. A. kennt, muß gestehen, daß die Antwortnote Kelloggs Frankreich in eine ungeheure Klemme gebracht hat. Für Briand war es eine unverbindliche Kundgebung, durch alte anläßlich des Legionärfestes aufgefrischte Erinnerungen veranlaßt, die einen ewigen Friedenspakt mit Amerika bringen sollte. Dieser Pakt sollte zwar Frankreich zu nichts verpflichten, er sollte aber gleichzeitig der französischen Regierung einen großen moralischen Gewinn bringen. Daneben spielte natürlich auch der Gedanke eine hervorragende Rolle, daß ein Sicherheitspakt mit Amerika in ganz ungeahnter Weise dazu beitragen würde, die französische Vormacht in Europa zu sichern.

Hier wurde aber die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Kellogg reagierte zunächst mit seinem Vorschlag eines Vertrages, dem alle Großmächte beitreten sollten, und machte konkrete Vorschläge, die in Paris ungeheure Gewissensnöte verursachten. Frankreich hat nämlich Verpflichtungen gegenüber seinen vielen östlichen Alliierten, es hat außerdem Verpflichtungen, die aus dem Völkerbundspakt herrühren, und Briand zeigte sich sehr enttäuscht,

daß Amerika ihn so bereitwillig beim Wort genommen hat.

Als Frankreich sah, was es mit seinem Angebot angerichtet hatte, suchte es sich aus der Affäre zu ziehen, so gut es ging, aber der unerbittliche Kellogg kritisiert in einer wahrhaft ironischen Weise das französische Verlegenheitsgestammel, er kann mit Recht nicht einsehen, warum Frankreich jetzt plötzlich seine Verpflichtungen gegenüber seinen Alliierten entdeckt hat, wo Amerika ernstlich einen Pakt in Betracht zieht, während früher von solchen Bedenken nicht die Rede gewesen ist.

Die Kelloggnote hat die ganze Brüchigkeit und Verlogenheit der von Frankreich künstlich geschaffenen

„Friedenstechnik"

enthüllt. Frankreich, bekanntlich der Führer im Kampf für die Sanktionsmaßnahmen, für den Krieg, gegen den Krieg, für einen bewaffneten, infolge der grandiosen französischen Rüstungen nur von Frankreich selbst kontrollierten Frieden, muß einsehen, daß ein noch Mächtigerer ihm Heuchelei und Egoismus vorwirft. Als Kellogg einfach, was aus dem Briandschen Vorschlag gemacht werden kann, wenn er richtig angefaßt wird, packte Paris ein Grauen. Briand wollte sich für das in Versailles von Wilson abgelehnte Sicherheitsabkommen schadhaft halten, indem er jetzt Amerika für die Versailler Ordnung in Europa, für das Prinzip Sieger und Besiegte einspannt. Eine derartige Sicherheit — die Sicherheit vor der Möglichkeit, daß einmal in Europa mit der Gewaltpolitik Schluß gemacht wird —, lehnt aber Amerika ab und verlangt einen wirklichen Vertrag aller Großmächte gegen den Krieg. — Ob und wie Frankreich sich nun aus dieser Klemme herausarbeiten wird, darauf kann man gespannt sein.

Die Kelloggnote hat jedenfalls eine Diskussion eingeleitet, die vielleicht der Welt über die wahre Beschaffenheit der Sicherheitsfrage die Augen öffnen wird.

Sozialdemokraten und Unterbeamte

Von den Sozialdemokraten wird in den Versammlungen immer wieder ihr warmes Herz für die unteren Beamtengruppen betont.

Demgegenüber wird festgestellt, daß von den Sozialdemokraten im Reichstagsausschuß kein einziger Antrag auf Erhöhung der in der Regierungsvorlage bestehenden Gehaltssätze gestellt und die von den Sozialdemokraten beantragte Zusammenlegung der Gruppe 12 mit der Gruppe 11 vom Reichsverband der unteren Postbeamten heftig bekämpft wurde. Lediglich auf Antrag der Regierungsparteien ist das Gehalt der Gruppen 10, 7, 6, 4b und 2b erhöht worden.

Sind Stahlhelmer vogelfrei?

Dem Terror des politischen Rowdytums ausgeliefert

Berlin, 1. März.

Die Stahlhelm-Ortsgruppen Köpenick und Karlshorst hatten für Sonntag mittag ihre Mitglieder zu einer Fahnenweihe nach Köpenick zusammengerufen. Vor der Körnerschule inmitten der Stadt wurde die Weihe der neuen Fahnen vorgenommen. Dann bewegte sich der stattliche Zug, an dem auch sieben Kriegervereine teilnahmen, nach der Laurentiuskirche zu einem kurzen Gottesdienst. Bereits am Platz vor der Körnerschule hatte sich eine zahlreiche Menge eingefunden, die den Stahlhelm und die Kriegervereine begeistert grüßte.

Aber auch die Kommunisten waren zur Stelle, um, aufgehetzt wie immer, nach Möglichkeit die nationale Kundgebung zu stören. Von der Laurentiuskirche marschierte dann der Zug zum Spindlersfeld Erholungsheim, immer begleitet von einer zahlreichen Menge. Wiederholt versuchten die Kommunisten den Zug durch unflätige Zurufe in ihrer bekannten Art zu stören.

An der Ecke der Mengel- und Berliner Straße gingen die roten Horden zum Angriff über. Mit erhobenen Stöcken stürmten sie plötzlich auf die an der Spitze marschierenden Stahlhelmer los und schlugen auf sie ein. Da Polizei nicht sofort zur Stelle war, setzten sich die Stahlhelmer selbst zur Wehr. Die Beamten eines schnell herbeieilenden Polizeiautos mußten dann von dem Gummiknüppel Gebrauch machen, um die Kommunisten zurückzutreiben. Sie nahmen von den Angreifern 19 Männer und 2 Frauen fest, die sofort der Abteilung IA zugeführt wurden. Ferner wurden 4 Stahlhelmer als Zeugen mitgenommen, um den Ueberfall aufzuklären. Die Stahlhelmer sind bereits wieder entlassen worden. Die Kommunisten dagegen werden noch vernommen. Am Tatort wurden von der Polizei den Kommunisten mehrere Totschläger und Stöcke abgenommen.

*

Der Landesverbandsführer des Groß-Berliner Stahlhelms, Major von Stephani, hat einen Brief an den Berliner Polizeipräsidenten gerichtet, in dem er auf die Ueberfälle bei der Stahlhelmkundgebung am 5. Februar eingeht und dem er gleichzeitig eine Liste der Ueberfallenen beifügt. In dem Schreiben heißt es:

Alle Ueberfälle ereigneten sich auf einzeln gehende Kameraden bei dem Anmarsch zur Versammlung im Kriegervereinshaus bzw auf dem Heimwege nach Auflösung des Demonstrationszuges auf dem Lustgarten. Die Ueberfälle bringen erneut den Beweis, daß die Polizei nicht in der Lage ist, den einzelnen, ruhig seines Weges ziehenden Staatsbürger vor hinterlistigen Ueberfällen zu schützen und daß dieser, wenn er einem politischen Verbande angehört, durch das Stockverbot wehrlos gemacht,

auf Gnade und Ungnade dem politischen Rowdytum preisgegeben

ist. Das in jeder Beziehung einwandfreie Verhalten der den Stahlhelmzug begleitenden Schutzpolizeikommandos kann an dieser Tatsache nichts ändern. Das starke Aufgebot an Polizeikräften mag während des Umzuges Zusammenstöße wohl verhindern, aber diese würden sich höchstens einmal und dann nicht wieder ereignen, wenn das Stockverbot aufgehoben würde und die politischen Gegner müßten, daß ihre Angriffe mit den gleichen Waffen abgewehrt würden, die sie selbst, als nicht in Bundestracht kenntlich und nicht in Marschgruppen zusammengefaßt, als frei und einzeln sich bewegende Staatsbürger bei sich zu führen, nicht gehindert werden können.

Ich wiederhole deshalb meinen schon so oft gestellten Antrag auf Aufhebung des Stockverbots. Die Ueberfälle würden dann zweifellos bald aufhören und die Kräfte der Polizei und der Staatsfäder würden in Zukunft sicherlich weniger in Anspruch genommen werden.

Gleichzeitig erlaube ich mir, bezugnehmend auf die Umfrage des Herrn Kommandeurs der Schutzpolizei IA Nr. 486/28 wegen angeblichen Singens des Liedertexts: „Ebert an den Galgen, Juden an die Wand" zu erklären, daß dies Lied im Stahlhelm nicht bekannt ist und deshalb nicht gesungen worden sein kann. Nach Ansicht des Herrn Polizeioberst Heimannsberg soll mit diesem Lied gegen das Gesetz zum Schutz der Republik verstoßen sein und eine unmittelbare Belästigung und Bedrohung Andersdenkender stattgefunden haben, gegen die die Polizei hätte einschreiten müssen.

Ich stelle dazu fest, daß unsere Gegner überall ein Lied singen: „Hindenburg an den Galgen, Stahlhelm an die Wand", ohne daß die Polizei es hätte verhindern können, obgleich mit diesem Text ebenso gegen das Gesetz zum Schutz der Republik verstoßen wurde, wie es getan zu haben jetzt dem Stahlhelm unterschoben werden soll. Ein solcher Versuch muß von vornherein auf das schärfste zurückgewiesen werden. Der Herr Kommandeur der Schutzpolizei ist persönlich wiederholt an unserer Marschkolonne vorbeigefahren und hätte selbst einschreiten können, wenn dazu Veranlassung gegeben wäre. Bei seiner Einstellung dem Stahlhelm gegenüber würde er dies zweifellos auch getan haben. Andererseits hätte er den von mir erwähnten Text gegen den jetzigen Herrn Reichspräsidenten hören müssen, denn er wurde überall gesungen. Ist in diesem Fall der Verstoß gegen das Gesetz zum Schutz der Republik nicht gegeben?

Ferner fragt Major v. Stephani, ob mit dem Gebrüll: „Kuppelschweine, Falschheitsgesindel, Arbeitermörder, Mordbande, Fememörder, Schweine und dem Text „Stahlhelm an die Wand" nicht eine unmittelbare Belästigung und Bedrohung Andersdenkender ausgesprochen wurde, die von der Polizei hätte verhindert werden müssen?"

Weiter wird gefragt, ob der mit drohend erhobenen Fäusten gemachte Ruf „Arbeitermörder", mit dem wen den Stahlhelmführer immer wieder beehrt habe keine Belästigung und Bedrohung sei? Stephani schreibt dann weiter:

„Wollen Sie sich vielleicht erinnern, daß ich diesen ehrenden Beinamen dafür erhielt, daß ich im Januar 1919 auf Befehl der Herren Volksbeauftragten Ebert und Scheidemann den Widerstand der Spartakusleute im Vorwärtsgebäude und im Zeitungsviertel mit Hilfe von deutschen Männern mit Gewalt brach, als die roten Arbeitermassen so kläglich versagten. Jene tapferen opferbereiten Freiwilligen wagt man aber jetzt als „staatsfeindliches Gesindel" hinzustellen."

Zum Schluß stellt Stephani fest: „Die zahlreichen Ueberfälle, durch die 7 Kameraden schwer, 25 andere, darunter 65 und 77 Jahre alte Kriegsteilnehmer, gesundheitlich ernstlich geschädigt wurden, verlangen strenge Bestrafung der Schuldigen und Feststellung der für den Schadenersatz Haftpflichtigen.

Durch das Stockverbot sind die Ueberfallenen wehrlos ihren Angreifern ausgeliefert worden, und die Polizei trägt somit selbst einen Teil der Verantwortung für die diesen Kameraden zugefügten Schädigungen ihrer Gesundheit und ihres Eigentums."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192803021-10/fragment/page=0001

Totenehrung im Preußischen Landtag

Kommunistische Polemik wegen des Grubenunglücks auf der Zeche „Ewald" in Eckenschwick

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 1. März.

Der preußische Landtag nahm heute seine Sitzungen nach kurzer Pause wieder auf.

Präsident Bartels eröffnete die Sitzung um 1.20 Uhr und machte dem Hause, das sich von den Plätzen erhebt, zunächst Mitteilung von dem schweren Grubenunglück, das sich heute morgen auf der Zeche „Ewald" in Eckenschwick in Westfalen ereignet hatte, und bei dem von 48 verunglückten Bergleuten bisher vierzehn Tote geborgen wurden. Das Haus sprach tieferschüttert den Betroffenen seine herzliche Teilnahme aus. (Zurufe bei den Kommunisten: „Das sind die Opfer des Profits!" — „Durch diese Worte wird nichts gebessert!")

Abg. Sobottka (Komm.) erklärt, die Anträge seiner Fraktion zur Verhinderung solcher Katastrophen seien von den anderen Parteien stets mit lächelnder Miene abgelehnt worden und beantragt die sofortige Herbeirufung des Handelsministers, der Auskunft darüber geben solle, warum nicht endlich das Prämiensystem im Bergbau abgeschafft werde, das mit zu den Ursachen der Katastrophe gehöre.

Unter großem Lärm der Kommunisten wird der Antrag auf Herbeirufung des Handelsministers gegen die Antragsteller abgelehnt.

Abg. Jacobs (Soz.) erklärt, er halte diese ganze Aussprache als der Toten nicht würdig. Seine Fraktion werde in einer großen Anfrage um Auskunft darüber ersuchen, was das Staatsministerium zur Verhütung derartiger Seilfahrtunfälle in Zukunft tun wolle. Diese Anfrage solle sofort dem Handels-Ausschuß überwiesen werden. Der Ueberweisung wird aber von kommunistischer Seite widersprochen, so daß dieser Gegenstand für die heutige Tagesordnung erledigt ist.

Das Haus wendet sich dann der dritten Beratung des Gesetzentwurfes über die Gewährung von Zwischenkrediten bei Rentengutgründungen zu.

Abg. Stendel (D. Vp.) stimmt der Vorlage zu.

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärt, es seien zwar genug Siedlungsorganisationen vorhanden, aber zu wenig Geld für Siedlungen. Davon, daß die Landsrentenbank-Kredite nur an solche Siedlungen gegeben werden sollten, die mit preußischen Mitteln gegründet worden seien, stehe kein Wort im Landesrentenbankgesetz.

Abg. Jacobi-Raffaus (Ztr.) erklärt, wenn man die Rentabilität der Landwirtschaft wiederherstelle, werde es auch der Industrie und dem ganzen Volke gut gehen, weil dann endlich die Landwirtschaft wieder als Käufer auftreten könne. Ein Zentrumsabgeordneter wünscht für Oberschlesien keine Herabsetzung des Kontingentes für ausländische landwirtschaftliche Arbeiter, weil dort für Siedlungen nur wenig günstiger Boden zu schaffen sei.

Damit schließt die Besprechung und das Gesetz wird in der Schlußabstimmung mit großer Mehrheit angenommen.

Das Notprogramm im Reichstag

Zweite Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 1. März.

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 13 Uhr.

Die zweite Beratung des Haushalts für Ernährung und Landwirtschaft wird fortgesetzt.

Abg. Dietrich, Baden (Dem.) betont, daß das Kreditproblem das Kernproblem der gegenwärtigen Agrarkrise sei. Die Umschuldung werde ziemlich schwierig sein. Zur Lösung des Kreditproblems werde ein jährlicher Aufwand von 200 Millionen erforderlich sein. Der von der Regierung eingeschlagene Weg sei sehr bedenklich. Der Parteikampf würde auch auf das Kreditwesen ausgedehnt werden. Eine solche Entwicklung könne man nicht wünschen. Man solle eine einheitliche Aktion zur Lösung dieser Frage unternehmen.

Abg. Kling (Bayr. Bauernbund) erklärt, das einzig Nützliche an dem Hilfsprogramm sei die Aufhebung des zollfreien Gefrierfleischkontingents. Wenn man der Landwirtschaft helfen wolle, dann solle man ihr die Rentenbankzinsen erlassen. Kleinbauern und Kleinrentner seien die einzigen, die heute noch die Lasten des verlorenen Krieges zu tragen hätten.

Von den Kommunisten ist ein Mißtrauensantrag gegen den Reichsernährungsminister Schiele eingegangen.

Abg. Kube (Mk.-Soz.) wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie mit dem Dawespakt die Not der Landwirtschaft verschuldet hätten. Als Vizepräsident Esser den Redner ersucht, nicht über die Außenpolitik sondern zum Etat zu sprechen, protestiert dieser gegen die Unterbrechung und erklärt, es sei scheinbar nicht gestattet, gegen die Sozialdemokraten Angriffe zu richten. Durch den Dawespakt habe Deutschland für die französische Landwirtschaft 72 Millionen, während man für die deutsche Ernährung ganze neun Millionen übrig habe. (Vizepräsident Esser verbittet sich jede Kritik an seiner Geschäftsführung.)

Abg. Weidenhöfer (Völk.) bestreitet, daß die deutsche Landwirtschaft rüstständig sei. Wenn in der Wirtschaftspolitik nicht eine grundlegende Aenderung eintrete, werde die Bauernschaft zur Verzweiflung getrieben.

Reichsernährungsminister Schiele

begrüßt heute im Reichstag die Objektivität, mit der der sozialdemokratische Redner das Notprogramm behandelt habe. Seine Forderung auf Aufhebung der Futtermittel habe er aber mit Zahlen begründet, die heute nicht mehr zutreffen. Die zollfreie Einfuhr von Mais und Futtergerste würde für die deutsche Schweinezucht nur wenig bedeuten. Die Rentenbank sei nur ein Dachinstitut für die bestehenden landwirtschaftlichen Kreditinstitute. Der Minister bestreitet, daß der Kredit der Rentenbank vorwiegend dem Großgrundbesitz zugute komme und bringt dafür zahlenmäßige Belege. Das Programm der Sozialdemokratie sage zwar, daß die sozialistische Gesellschaft den Bauern ihr Eigentum sichere, aber der sozialdemokratische Sachverständige und auch Dr. Hilferding hätten doch eine Definition dafür gegeben, nach der die Sozialdemokratie den Bauern nur ein Stück ihres Eigentums lassen wolle.

Darauf werden die Beratungen abgebrochen und die Weiterberatung auf Freitag 14 Uhr vertagt. Außerdem Etat des Reichswirtschaftsministeriums. Schluß 17 Uhr.

Das Kriegsschädenschlußgesetz im Reichstagsausschuß

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 1. März.

In der Donnerstagssitzung des Reichstagsausschusses für das Kriegsschädenschlußgesetz wurde der § 5 des Entwurfes angenommen. Danach soll der Wiederaufbauzuschlag in Anrechnung kommen. Der Zuschlag beträgt für den Teil des Grundbetrages über 200 000 Mark mit 4 Millionen Mark 2 v. H. für den Teil des Grundbetrages über 4 Millionen bis 50 Millionen Mark. Weiter wurden die §§ 8 und 9 angenommen, in denen die Nachentschädigungsfrage geregelt und die Anrechnungsfrist festgestellt wird.

Der Arbeitsplan des Preußischen Landtages im März

(Telegraphische Meldung.)

Berlin, 1. März.

Der Aeltestenrat des Preußischen Landtages beriet am Donnerstag erneut den Geschäftsplan. Bis zum 31. März sollen von den Etats in folgender Reihenfolge erledigt werden: Justiz, Bergverwaltung, Handel, Staatsministerium, Staatsbank, Unterricht, Finanz und allgemeine Finanzverwaltung, schließlich das Haushaltsgesetz, so daß der ganze Haushalt in diesem Monat durchberaten wird, soweit er noch nicht erledigt war. Für die dritte Haushaltsberatung sind die Tage vom 26. bis 28. März in Aussicht genommen. Ferner steht eine Reihe besonderer Gesetze zur Erledigung. Die zweite Beratung des westfälischen Eingemeindegesetzes wird am 6. März, die dritte Beratung am 9. März stattfinden. Am 6. März soll auch die Breslauer Eingemeindung erledigt werden. Für die Beratung des Stellenplanes ist der 15. März festgelegt. Noch immer zweifelhaft ist es, ob das Städtebaugesetz noch zur Erledigung kommen wird.

Aus aller Welt

Brandstiftung in russischen Fabriken

(Telegraphische Meldung.)

Kowno, 1. März.

Die Brandstiftungen in Moskauer Fabriken arten zu einer Epidemie aus. In der letzten Woche brannten nicht weniger als sieben große Fabriken zum Teil nieder, darunter die bekannten Fabriken Karbolenta, die Färberei Lichoborski, die Fabrik Wollow und einige andere mehr. Es finden zahlreiche Verhaftungen unter den Arbeitern statt, da die G. P. U. in diesen Brandstiftungen ein System sieht und antisowjetische Verschwörungen vermutet. Die Brandstiftungen beweisen ferner die wachsende Unzufriedenheit unter der Arbeiterschaft.

Ein amüsanter Boxwettkampf

Boxer, die nicht boxen wollen.

(Telegraphische Meldung.)

Paris, 1. März.

Einen tragikomischen Verlauf nahmen Boxkämpfe, die in einem Lokal in Marseille veranstaltet wurden. Da nach dem ersten Kampf keiner der anwesenden Amateurboxer im Ring erschien, wurde der Boxkampf abgesagt. Das Publikum stürmte an die Kasse, um das Eintrittsgeld zurückzuverlangen, jedoch war der Kassierer mit der Kasse durchgebrannt. Nun stürmte das Publikum in den Saal zurück und nahm die Stühle mit, um sich schadlos zu halten.

Ein Ehepaar in Methusalems Alter

(Telegraphische Meldung.)

Warschau, 1. März.

100 Jahre verheiratet, starb in Lutowsla bei Lemberg ein gewisser 1803 geborener Leib Feld. Bis in sein hohes Alter hatte er sich einer guten Gesundheit erfreut. Da er im Jahre 1828 geheiratet hatte, hat er ein ganzes Jahrhundert in glücklicher Ehe gelebt. Seine 117 Jahre alte Frau überlebt ihn als rüstige Witwe.

Fünf Arbeiter von flüssigem Zink erfaßt

(Telegraphische Meldung.)

Stuttgart, 1. März.

In einer Fabrik in Feuerbach explodierte beim Verzinken ein Rohr. Aus dem Zinkbehälter ergossen sich 1000 Kilogramm flüssiges Zink auf fünf Arbeiter, die alle schwere Verletzungen erlitten.

Erneuter Ausbruch des Vesuvs

(Telegraphische Meldung.)

Rom, 1. März.

Der Vesuv ist, wie aus Neapel gemeldet wird, erneut in Tätigkeit getreten. Es besteht vorläufig keinerlei Gefahr für die umliegenden Ortschaften.

Letzte Handelsmeldungen

Frankfurter Abendbörse

Frankfurt, 1. März 1928. Die Umsätze an der Abendbörse waren im allgemeinen ohne Belang. Da jedoch einige kleine Deckungskäufe vorgenommen wurden, blieb die Tendenz gegen den etwas gedrückten Berliner Schluß gut behauptet. Vereinzelt konnten sich geringe Kursbesserungen durchsetzen. J. G. Farben waren etwas stärker beachtet. Am Markte der Autoaktien zogen Adlerwerke geringfügig an, dagegen lagen Daimler ¾ Prozent niedriger. Montanpapiere blieben vernachlässigt. Im Freiverkehr wurden Dyckerhoff & Widmann mit 106½ Prozent gehandelt. Die Rentenmärkte lagen still.

Steuerfreiheit für eine Auslandsanleihe. Der Auslandsanleihe der Mansfeld A.-G. wurde vom Reichsrat auf Antrag des Reichsfinanzministers die gesetzliche Steuerfreiheit zuerteilt.

Feuilleton

Halle, 2. März.

„Krämerballade"

Komödie von Stephan Ehrenzweig.

Uraufführung in Breslau.

(Von unserem Theaterreferenten.)

Breslau, 1. März.

Die Uraufführung von Stephan Ehrenzweigs „Krämerballade" im Thaliatheater zu Breslau vermochte stark zu interessieren. Ehrenzweig, nicht bloßer Uebersetzer, sondern Nachdichter der rund 300 Jahre alten englischen Komödie „The knight of the burning pestle" von Beaumont und Fletcher, sucht mit seinem Werk dem schwerblütigen Theaterkunst unserer Zeit eine innere Auflockerung angedeihen zu lassen, er will uns ein reines Theaterspiel, ernstes Spiel im besten Fall, aber nie und nimmer gespielten Ernst, vermitteln, und zu diesem Zweck setzt er nicht allein die naiv-schlichte Theaterbühne der Zeit Shakespeares, sondern mit ihr zugleich auch das damalige Theaterpublikum ins moderne Komödienhaus. Die schönste Pointe der „Krämerballade" beruht auf dieser Zweiteilung der Darsteller in Schauspieler auf der Bühne und in mitagierendes Publikum in den Seitenlogen und Rängen. Der Zuschauer von heute sieht sich selbst (bzw. seinen zuschauenden Urahnen) objektiviert, und die Beschäftigung mit dem lieben Ich, und sei es auch einem exhumierten Ich, ist schließlich heute noch ebenso zeitgemäß wie vor drei Jahrhunderten. Die Handlung ist denkbar einfach: eine Liebesgeschichte mit posierlich ernsthaften, drastigen, bürgerlichen und unbürgerlichen Personen. Der Kern des Stücks ist nicht die Handlung als solche, sondern das Geschehen und Gehabe rings um die Handlung. Das ganze Hin und Her zwischen den Personen der Komödie, den biedern Bürgern des Stegreifspiels und den wackern Fiedlern und Bläsern der bunt aufgeputzten Musikbande bedeutet hier das wahre Theater im Theater. Die lockere Buntheit und naiv-tolle Bewegtheit des Spiels wurde in Carl Behrs Inszenierung wechselseitig aufs feinste abgestimmt, ohne daß eine dem Geist solcher Komödie abträgliche starre Führung spürbar wurde. Die von Hermann Behr nach altenglischen Melodien gearbeitete Musik wirkte in den Handlungseinschnitten stark stimmungsfördernd. Von den darstellenden Künstlern zeichneten sich auf der Bühne Grete Kretschmer (Cuce) und Manfred Inger (Dunker Humphrey) aus, während Alfons Fink (Krämer) und Maja Sering (Krämersfrau) im Rahmenspiel wiederholt die Initiative an sich rissen. Das Publikum ging lebhaft mit.

Dr. W. V.

Die religiöse Lage der Gegenwart

Ein Vortragsabend des halleschen Euckenbundes

Der Euckenbund, Ortsgruppe Halle, veranstaltete seinen zweiten stark besuchten Vortragsabend dieser Tage im Evang. Vereinshaus. Pfarrer Lic Schenke, Halle, sprach über „Die religiöse Lage der Gegenwart". Einleitend bemerkte er, daß es ihm nicht auf Schilderung der empirischen Lage, sondern auf die charakteristischen Grundtendenzen ankomme. Die geistige Lage einer Zeit werde bestimmt durch eine Spannung zur vorhergehenden Epoche und durch hervorragende Ereignisse (Weltkrieg, Revolution). Kennzeichen der Zeit vor etwa dreißig Jahren seien der Positivismus, Ethizismus, Individualismus, Optimismus gewesen. Demgegenüber fänden wir jetzt eine neue Schätzung der Metaphysik neues Verständnis für Luther, neue Wertung der Gemeinschaftskulturen (soziale und Kirchenfrage). Der Pessimismus werde überwunden durch gläubigen Realismus. Euckens Tat beruhe in der Sicherstellung einer selbständigen Geisteswelt gegenüber dem Empirismus. Wir müßten heute weitergehen: von der Geisteswelt zum Gedanken der Weltregierung, von der Geisteswelt zum Reiche Gottes. An der lebhaften Aussprache beteiligten sich u. a. Lic. Dr. Lehmann, Univ.-Prof D. Wehrung und Postrat Polz. Am 19. März spricht Lic. Dr. Lehmann über „Religionsbegriff und Religionsideal".

— **Uraufführung bei der Vaterländischen Volksbühne.** „Markus, der Mönch", ist der Titel eines neuen Werkes, das Johannes Platk geschaffen hat, und das Robert Förster für seine „Vaterländische Volksbühne" in Halle zur Uraufführung durchsetzt am 26. März erworben hat. Johannes Platk ist dem Eingeweihten und Literaturkenner kein Fremder. So wenig er als Mensch an die Oeffentlichkeit tritt, so sehr sind seine kernigen, von reinster Heimatliebe erfüllten Gedichte von Tausend und Abertausenden gelesen — und was mehr ist — mitempfunden worden. Man kann in dieser Zeit, in der gemeinhin nur farblose und seichte Stücke fabriziert werden, nicht genug danken, wenn ein Mann wie Platk ein Werk uns schenkt, das nicht nur historischen Hintergrund hat, sondern in jedem Satze den begnadeten Dichter verrät. Auf ihn paßt das Wort: „Der ist in tiefster Seele treu, der die Heimat liebt wie Du!"

„Der Mond als Zeuge" betitelt sich eine neue Operette in zwei Akten mit einem Vor- und Nachspiel von Oskar v. Haine.

Von deutschen Hochschulen

Berlin.

Wie wir hören, ist der Privatdozent für innere Medizin an der Berliner Universität, Dr. med. Ernst Blumenfeldt, zum nichtbeamteten außerordentlichen Professor ebenda ernannt worden.

Marburg.

Der außerordentliche Professor an der Berliner Universität, Dr. Johannes Nobel hat einen Ruf auf den Lehrstuhl der indischen Philologie an der Universität Marburg als Nachfolger von J. W. Hauer erhalten. Dr. Nobel, der der preußischen Staatsbibliothek als Bibliotheksrat angehört, ist aus Forst (Brandenburg) gebürtig. Er studierte in Greifswald und Berlin besonders unter L. Heller, R. Pischel, H. Lüders und W. Schulze, trat 1913 als Volontär bei der preußischen Staatsbibliothek in Berlin ein, wirkte später an der Universitätsbibliothek in Göttingen und kehrte 1920 an die preußische Staatsbibliothek zurück, wo er bald darauf zum Bibliothekar ernannt wurde. Im Sommer erwirkte Nobel seine Zulassung als Privatdozent für das Fach der indischen Philologie in der Berliner philosophischen Fakultät auf Grund der Habilitationsschrift „Theoretische Grundlagen der indischen Kunstdichtung". Im Dezember 1927 erhielt er die Ernennung zum nichtbeamteten a. o. Professor. Nobels Sondergebiet ist indische Philologie und Geschichte.

Königsberg i. Pr.

Der durch die Berufung des Prof. F. Haffner nach Tübingen an der Universität Königsberg erledigte Lehrstuhl der Pharmakologie ist dem ord. Professor an der medizinischen Akademie in Düsseldorf, Dr. med. Fritz Hildebrandt, angeboten worden. Prof. Hildebrandt ist ein geborener Mannheimer. Er besuchte die Universitäten Heidelberg, Freiburg und München und war Schüler von R. Gottlieb. In Heidelberg bestand er das Staats- und Doktorexamen, war dann Assistent am dortigen pharmakologischen Institut unter Gottlieb und habilitierte sich 1921 in der Heidelberger medizinischen Fakultät für das Fach der Pharmakologie mit einer Schrift „Ueber den Einfluß des Morphiums auf den Stoffwechsel". Im Wintersemester 1924/25 war Hildebrandt stellvertretender Direktor des Heidelberger pharmakologischen Instituts und siedelte Ostern 1925 als Ordinarius nach Düsseldorf über. Sein Hauptgebiet ist die Pharmakologie des Stoffwechsels.

Jena.

Als Privatdozent für das Fach der systematischen Theologie ist in der theologischen Fakultät der Universität Jena Dr. theol. Hans Müller, Assistent am Theologischen Institut, zugelassen worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192803021-10/fragment/page=0002

Halle und Umgebung

Halle, 2. März.

Fahnen auf Halbmast!

Das ganze Volk soll am Sonntag seiner Kriegsopfer gedenken

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge E. V., unter dessen Führung auch in diesem Jahre der Volkstrauertag im Reiche begangen wird, hat keine Mühe gescheut, um die Durchführung von würdigen und der Bedeutung und dem Ernst dieses Tages entsprechenden Veranstaltungen noch einmütiger und wuchtiger zu gestalten als je zuvor.

Um vor allem den Mangel einer gesetzlichen Regelung, der hier und da immer wieder zu Schwierigkeiten geführt hat, einigermaßen auszugleichen, sind die Verbände und Gruppen des Volksbundes an die einzelnen Stadtverwaltungen herangetreten mit der Bitte, ihren Einfluß für eine möglichste Einschränkung aller Vergnügungen geltend zu machen. Im Hauptausschuß des Landtages wurde beantragt, auf die Theater einzuwirken, daß sie wie an den anderen Totengedenktagen auch am Volkstrauertag nur Stücke ernsten Inhaltes aufführen. Während für die Staatstheater schon eine feste Zusage gegeben wurde, findet die Abstimmung über den Gesamtantrag, der auch die privaten Bühnen mit umfaßt, in diesen Tagen statt. Die Lichtspieltheater wurden ebenfalls gebeten, ihr Programm dem Ernst des Tages anzupassen. Die zuständigen Reichsministerien und die obersten kirchlichen Behörden haben entsprechende Verfügungen erlassen, die erfreulicherweise ein tiefes Verständnis für die allgemeine Begehung des Volkstrauertages erkennen lassen.

Durch den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge beweist das deutsche Volk, daß es gewillt ist, zum Zeichen seiner Dankbarkeit für unsere im Weltkriege gefallenen Helden deren letzte Ruhestätten vor dem endgültigen Verfall zu bewahren. Es beweist weiter, daß es den Volkstrauertag als den einen Gedenktag für seine im Weltkriege gebliebenen Söhne verlangt. Als äußeres Zeichen hierfür sollen an diesem Tage in Stadt und Land die Fahnen auf Halbmast wehen.

Frühling auch auf dem Flughafen Halle-Leipzig

Das Eintreffen ausländischer Flugzeuge wird erwartet.

Auch in unserem jungen Flughafen macht sich der Frühling stark bemerkbar; denn es herrscht dort draußen jetzt dauernd ein solcher Flugverkehr, daß alle Hände zu seiner Bewältigung genug zu tun haben. Außerdem wirkt auch schon die am Sonntag beginnende Leipziger Messe ihre Schatten voraus. Da selbstverständlich eine ganze Reihe ausländischer Kaufleute diese größte deutsche Messe besuchen und die Reise zum Teil im Flugzeug zurücklegen wird, werden in unserem Flughafen während der ganzen Dauer der Messe verschiedene ausländische Flugzeuge untergebracht werden; eine holländische Maschine wird bereits in den nächsten Tagen in Schkeuditz eintreffen und dort Unterkunft finden. Ferner wird die holländische Maschine, die grundsätzlich nur Nachts fliegt und bisher auf dem kleinen Flughafen Leipzig-Mockau untergebracht war, nach hier übersiedeln. Diese Maßnahme wird deshalb getroffen, weil in erstens einmal die Nachtbefeuerung unseres Flughafens ganz ausgezeichnet ist, und dann auch weil unsere Flughalle bedeutend größer ist als diejenige in Mockau.

Man kann hieraus wieder ersehen, wie hervorragend unser Flughafen ist in jeder Beziehung. Ganz abgesehen von der wirklich guten Nachtbefeuerung auf dem Flughafen in Schkeuditz, hat dieser selbstverständlich eine Flugzeughalle, in der die allergrößten Flugzeuge untergebracht werden können. Ein Vergleich mit Leipzig-Mockau ist überhaupt nicht diskutabel, weil dort eine Halle vorhanden ist die man eigentlich immer als „Schuppen" bezeichnen kann. Wir werden in absehbarer Zeit noch näher auf diesen „vorzüglichen" Flugplatz eingehen. Vielleicht dämmert's dann langsam in Leipzig.

Kommen Höchstpensionen und Pensionskürzungen?

Wo würden da die wohlerworbenen Rechte der Beamten bleiben!

Der Reichstag hat am 28. Februar in namentlicher Abstimmung eine Entschließung angenommen, in der von der Regierung die unverzügliche Vorlegung über die Festsetzung einer Höchstpension und Regelung der Pensionskürzung bei höheren Arbeitseinkommen gefordert wird. Es handelt sich hierbei nicht um eine Kürzung der Pensionen, sondern zunächst nur um ein Ersuchen an die Reichsregierung, ein derartiges Gesetz einzubringen. Ein solches Gesetz würde, da verfassungsändernd, eine Zweidrittel-Mehrheit erfordern. Würde es, was erst im neuen Reichstag möglich wäre, zur Annahme gelangen und ihm rückwirkend Kraft verliehen, dann würden allerdings wohlerworbene Rechte der Beamten verloren gehen; denn der Pensionsanspruch ist de facto das Ergebnis der Einbehaltung eines gewissen Einkommenteiles zum Zweck der Altersversicherung.

Der 4. wirtschaftliche Bildungskursus der reisenden Kaufleute

Vom 26. März bis 4. April veranstaltet der „Verband reisender Kaufleute Deutschlands" in der Handelshochschule Berlin wiederum wie in den Vorjahren einen wirtschaftlichen Bildungskursus zur allgemeinen und beruflichen Weiterbildung der reisenden Kaufleute. Der Vorlesungsplan enthält neben Vorlesungen bekannter Wissenschaftler über Rechts- und Steuerfragen, Grundlage der Volkswirtschaft u. a. auch Vorlesungen über besonders aktuelle Themen wie Psychotechnik des Verkaufs, Reklamewesen und Reisetätigkeit in ihren Wechselbeziehungen, die Bedeutung des Handelsteiles der Tageszeitungen für den reisenden Kaufmann usw. Die Teilnahme ist außer Verbandsmitgliedern, deren Söhnen und Angestellten auch Nichtmitgliedern gegen eine mäßige Teilnahmegebühr möglich. Prospekte sind erhältlich beim „Verband reisender Kaufleute Deutschlands", Leipzig C 1, Dittrichring 15 (G. r. K. D.-Haus).

— **Volkshochschule.** Am Freitag, 2. März, 8 Uhr abends beginnt in der Aula des Lyzeums I am Universitätsring 21 (Eingang Unterberg) der Kursus des in der Volkshochschule schon bestens bekannten Professor Oskar Springfeld-Naumburg „Der romantische Gedanke in der Musik". Professor Springfeld wird zu seinen Vorträgen zahlreiche musikalische Erläuterungen geben.

Der Wahlkampf beginnt

Stahlhelm, vaterländische Verbände und nationale Bevölkerung in gemeinsamer Versammlung — Landtagsabgeordneter Rittershaus spricht über den Weg zum dritten Reich

Mittwoch abend sprach vor den vaterländischen Verbänden und den nationalen Parteien im überfüllten Saale des „Stadtschützenhauses" Landtagsabgeordneter Rittershaus über den „Kampf um das dritte Reich".

Der Redner, der durch sein energisches und erfolgreiches Vorgehen im Parlament für die Interessen der vaterländischen Bewegung bekannt ist, kritisierte in längeren, klaren Ausführungen die gegenwärtigen Verhältnisse im Reiche. Er beleuchtete die verschiedenen Mängel und Unzulänglichkeiten auf dem Gebiete der Innen- und Außenpolitik und formulierte schließlich die Grundbedingungen für die Möglichkeit des Erstehens eines kommenden dritten Reiches, das die Voraussetzung für den Wiederaufstieg des Vaterlandes darstelle.

„Vor allem ist es erforderlich," so führte Rittershaus weiter aus, „daß die Wirtschaft wieder von freien deutschen Männern und Frauen geführt wird, die sich jederzeit ihrer hohen Verantwortung und Pflichten bewußt sind. Schlagworte wie Kommunalisierung", „Sozialisierung" und viele andere, müssen völlig ausgerottet werden. Man soll die augenblickliche Bauernbewegung nicht unterschätzen, sondern im Gegenteil in ihr die ersten Vorboten des neuen Reiches erblicken. Eins der Haupterfordernisse jedoch für die Aenderung der gegenwärtigen unglücklichen Lage unseres Volkes bedeutet das unentwegte Festhalten an der Forderung einer völligen

Aenderung des Daweslanes.

Der Reparationsagent Gilbert muß aus dem Lande verschwinden. Die gesamte Kriegsschuldenfrage bedarf einer grundlegenden Wandlung, wenn Deutschland vor dem völligen Zusammenbruch behütet werden soll. Es kann dem Stahlhelm nicht hoch genug angerechnet werden, daß er sich immer wieder für Klarheit und Aenderung der Verhältnisse einsetzt und der Stahlhelmtag in Berlin dürfte auch manchem Fernstehenden die Augen geöffnet haben. Der Stahlhelm hat sich immer mehr zu einer Macht entwickelt, mit der die Gegner zu rechnen beginnen. Als treuer Helfer und Stützer erstand ihm der „Königin-Luise-Bund", über dessen Wesen und Programm sich jede deutsche Frau klar sein sollte. Die Stärkung dieser beiden Verbände bedeutet eine Stärkung der Front des kommenden Reiches. Eine der Hauptbestrebungen dieser beiden Organisationen ist die Wiederaufrichtung der allgemeinen Wehrpflicht. Nur mit ihrer Hilfe ist es möglich, die Erziehung und Ertüchtigung der Jugend wieder auf die Grundlage zu bringen, die einen gesunden und brauchbaren Nachwuchs des Volkes gewährleistet. In der Frage der allgemeinen Abrüstung muß insofern Wandel eintreten, als nicht nur Deutschland allein, sondern das gesamte Ausland ebenfalls abzurüsten hat. Ein einheitliches Vorgehen aller Staaten ist hierzu Hauptbedingung."

Der Redner kritisierte sodann die heutige Außenpolitik des Deutschen Reiches, die immer nur auf Verständigungswillen hinauslaufe, ohne dabei zu bedenken, wie stark sie dadurch die eigene Schwäche vergrößere und das Ansehen des Vaterlandes untergrabe. Vor allem müßten wir uns ein „Ostlocarno" vom Halse halten. Was die Kriegsschuldfrage anbelange, so habe Hindenburg bei der Denkmalsweihe in Tannenberg offen vor aller Welt die Ansicht des Deutschen Volkes klargelegt.

„Einer der Hauptfaktoren für das Zustandekommen eines dritten Reiches," so fuhr der Redner fort, „ist

die Hebung von Ethik und Moral im Volke.

Erfreulicherweise machen sich hier bereits die ersten Anzeichen zum Besserwerden bemerkbar, es sei nur die Rücktrittsbewegung zur Kirche angeführt. Sodann gilt es weiter, der Zersplitterungspolitik und den gegenseitigen Verdrängungsabsichten der Parteien einen Riegel vorzuschieben. Man muß immer wieder der Schädigungen eingedenk sein, die hierdurch gerade der nationalen Bewegung erwachsen sind. Nur einer großen starken Partei gehört die Zukunft, niemals kleinen, gesplitterten Gruppen, das solle sich jeder Deutsche bei den kommenden Wahlen vor Augen halten!

Das sind im wesentlichen die Grundzüge zur Errichtung eines dritten Reiches. Wann es kommt, ob es uns die Monarchie oder Republik bringt, steht noch dahin. Es ist jedoch zu hoffen, daß die Entwicklung dahin gehen möge, daß wieder

ein kraftvoller Monarch an die Spitze des Reiches

sich stellt, und daß die Hohenzollern ihren angestammten Herrschersitz dereinst wieder einnehmen. Nur so wird ein drittes Reich in der Lage sein, die Erwartungen und Hoffnungen, die man sich von ihm macht, völlig zu erfüllen. Aufgabe der nationalen Bewegung aber, vor allem des Stahlhelm, muß es sein, sich mit allen Mitteln für das Zustandekommen dieses Reichs der Zukunft einzusetzen, wenn das Vaterland wieder zu Ruhm und Ansehen kommen soll."

Die Ausführungen des Redners wurden mit anhaltendem Beifall aufgenommen. Die Anregungen, die dieser Vortrag brachte, werden in der kommenden Wahlzeit nicht vergessen werden.

Was Aerzte zum Kampf um das Schulgesetz sagen

„Nur unverantwortliche Torheit kann am Christentum rütteln!"

Kürzlich haben sich 83 Nervenärzte, unter denen sich Namen von Weltruf befinden, folgendermaßen für die christliche Schule ausgesprochen: „In dem gegenwärtigen Kampfe der politischen Parteien um die deutsche Schule und Jugend wird in unverantwortlicher Torheit auch an der Feste des Christentums gerüttelt. Wir unterzeichneten Irren- und Nervenärzte, die wir bei Erforschung und Behandlung krankhafter Geisteszustände täglich Seelennot in ihren tiefsten Abgründen schauen, wir warnen dringend und ernstlich davor, den Schriften glauben auch nur im geringsten in den Herzen unserer Jugend verkümmern zu lassen oder gar ihr vorzuenthalten, während er doch gerade in den Stürmen unserer Zeit der Anker ist. Die christliche Religion ist noch immer — und wird es bleiben — die Philosophie, die Psychologie, die Ethik, der Sozialismus. Darin sind wir Irren- und Nervenärzte eins mit den Größten und Edelsten im Geiste, mit Schleiermacher, Kant, Hegel und andern, die das deutsche Volk, seine Söhne zu nennen, stolz sein darf und die uns Sinn und Ziel des echten Christentums in seiner unendlichen Weisheit, Wahrheit, Freiheit und Stärke zu erkennen gelehrt haben."

Milde bestrafte Raufbolde

Sie überfielen zwei Polizeibeamte.

Der 25jährige Bäcker Albert Zeising, der 20jährige Verkäufer Fritz Mendel, der 19jährige Präger Erich Leuschner, der 23jährige Schlosser Erich Pfeiffer und der 24jährige Arbeiter Otto Händler kamen in der Nacht des 17. November vom „Rosengarten" heim. Sie hatten dem Biere so reichlich zugesprochen, daß sie sich durchaus noch einen Jux leisten mußten. Eben hatten sie die Huttenstraße passiert, da sahen sie zwei Männer sich entgegenkommen. Pfeiffer ging nun voran und auf diese so los, daß er anrempeln mußte. Die Angerempelten aber waren die beiden Schupowachtmeister W. und B., die in Zivilkleidung nach der Wache zurückkehrten. W. wollte sich die Anrempelei verbitten. Doch ehe er noch ein Wort herausbringen konnte, hatte Pfeiffer ihn schon mit der Faust ins Gesicht geschlagen, daß das Blut kam. In demselben Augenblick stürzten auch schon die andern auf ihn und seinen Kameraden. Nur mit größter Mühe gelang es den beiden Beamten die Angreifer abzuwehren; denn ihre Stöcke waren ihnen im Handgemenge abgenommen worden. Sie eingen nun nach der Wache zu, um einen uniformierten Kameraden herauszuholen zur Namenfeststellung, und hofften, die Bengel, die sich wegen ihrer Anzahl so mutig fühlten, nach sich zu ziehen. Es geschah auch so. Als W. und B. in einiger Entfernung stehen blieben, sahen die fünf Helden dies als eine Herausforderung an und liefen ihnen nach. Nochmals begann eine Prügelei. W. konnte sich nur durch schleunige Flucht weiteren Tätlichkeiten entziehen, B. dagegen wurde arg mißhandelt. Er wurde mit Stöcken und Fäusten bearbeitet und ihm das Nasenbein zerschlagen. „Laß den Kerl liegen; er hat genug!", damit gingen die Rowdies ab.

„Derartige Raufereien müssen aufs schärfste verurteilt werden", erklärte der Vorsitzende und verteilte dementsprechend die Strafen. Pfeiffer als Haupttäter muß 80 Mark zahlen, Zeising und Händler je 60 Mark, Mendel 40 Mark und Leuschner 20 Mark. Außerdem haben sie an W. und B. eine Buße von je 75 Mark zu entrichten, die sie nach eigenem Ermessen unter sich aufbringen können.

Wohin gehe ich heute?

Stadttheater: „Verliebte Leute" (8).
Walhalla-Theater: „Madame Pompadour", Operette von Leo Fall (8).
C. T. am Riebeckplatz: „Höhere Töchter" (4, 6.10, 8.15).
C. T. Große Ulrichstraße: „Der Fremdenlegionär" (4, 6.10, 8.15.
Schauburg: „Schinderhannes" (4.30, 6.30, 8.30).
Ufa Alte Promenade: „Der Weltkrieg" II. Teil (4, 6.15, 8.25).
Ufa Leipziger Straße: „Dona Juana" (4, 6.15, 8.25).
— **Modernes Theater:** Sensationsgastspiel Ivan Lindersen (8).
Rakete: Das tadelhafte Kabarett-Programm (8).
Kochs Künstlerspiele: Das glänzende März-Programm (8).
Hans Dietrich-Kasino: Die großstädtische Herse-Band.

Ein Vortragsnachmittag der Lehranstalt für landwirtschaftliches Rechnungswesen

Am Mittwoch nachmittag hatten sich im großen Saal des „Sankt Nikolaus" die 91 Hörer der hiesigen Lehranstalt für landwirtschaftliches Rechnungswesen, dieses der Landwirtschaftskammer angegliederten Instituts, sowie die Landwirtschaftliche Schule und zahlreiche Gäste eingefunden. Nach einleitenden Worten eines Hörers, des Herrn Hirschelmann-Wernigerode, in denen auf die Bedeutung beider Unterrichtsanstalten für die Landwirtschaft hingewiesen und an die Versammlung die Mahnung gerichtet wurde, tätig mitzuwirken an der Wiederherstellung der Einigkeit im deutschen Bauernstande und Vaterlande, erschollen die drei ersten Strophen des Deutschlandliedes.

Als erster Referent sprach dann der Hörer des Instituts, Diplomlandwirt Rademacher, über die Bedeutung der Landarbeitslehre gerade unter heutigen, schwierigen Verhältnissen. Er erläuterte die neuesten arbeitssparenden Methoden. Anschließend sprach ein Vertreter der Maggi-Gesellschaft über diesen landwirtschaftlichen Betrieb; an Hand eines Films wurden die Verarbeitung der selbstgebauten Gemüse erläutert. Darauf folgte ein Vortrag des Hörers, Herrn Reitze, über die „Sozialen Wahlen". Der Redner erläuterte die Zusammensetzung der Versicherungsträger, die Urwahlen sowie die mittelbaren und unmittelbaren Wahlen und wies namentlich auf die Bedeutung der letzteren hin. Als letzter Referent sprach schließlich Herr Bettag über den „Versailler Friedensvertrag" und seine Auswirkungen auf die deutsche Volkswirtschaft. An Hand von zahlenmäßigen Beispielen und Belegen für die Höhe der Reparationskosten wies er auf die außerordentlich schweren, fast unerfüllbaren Verpflichtungen hin, die jetzt auf unserem Volke ruhen. Die Wirkung dieses Vortrages fand ihren Ausdruck in dem begeisterten gemeinsamen Gesang der vierten Strophe des Deutschlandliedes.

Die Schlußworte des Herrn Hirschelmann waren der deutschen Volksnot gewidmet; er wies nach, daß sie letzten Endes nur auf die zu starke Betonung der eigenen Persönlichkeit zurückzuführen sei. Der einzelne sehe nur sich selbst, stelle sein Wohl über das des Volkes und versinke in seinem eigenen Ich. Das Volk sei das stärkste, das Gott auf seiner Seite hat. Mit dem gemeinsamen Gesang des Niederländischen Dankgebetes fand die erhebende Feier ihr Ende.

Am 15. März schließt der Lehrgang der Anstalt mit einer Abschlußprüfung. Ein neuer ganzjähriger Kursus beginnt am 12. April.

— **Die Aufnahmebedingungen für die Frauenschule des Lyzeums II.** Für Ostern können Neuaufnahmen in die Frauenschule des städtischen Lyzeums II stattfinden. Für die allgemeine Frauenschule ist das Lyzeal- oder Mittelschulschlußzeugnis Vorbedingung. Eine dreijährige Ausbildung beanspruchen die Fachkurse für Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen, für Hortnerinnen, Jugendleiterinnen und die Frauenoberschule (Werkoberschule) im Entstehen; Aufnahmebedingung ist hier die Obersekundareife einer höheren Lehranstalt, die Ausbildung schließt mit der praktischen Reifeprüfung ab. Anmeldungen nehmen entgegen Oberstudiendirektorin Dr. Mayer-Kulenkampff Montags bis Freitags von 11 bis 12 Uhr im Lyzeum II und Oberin Ternehl wochentags von 11 bis 12 Uhr in der Frauenschule in der Burgstraße.

Druck und Verlag von Otto Thiele.
Redaktionelle Leitung: Harry Erwin Weinschenk.
Verantwortlich für Politik Otto Friedrich; für Lokales Feuilleton und Unterhaltung: Harry Erwin Weinschenk; für Volkswirtschaft: Dr. oec. publ. Kranhard Fritzsching; für Sport und den allgemeinen Teil: Gustav A. Loewing; für den Provinzteil: Dr. phil. Rudolph Schroth, für den Anzeigenteil: Paul Kersten; sämtlich in Halle. — Sprechstunden der Schriftleitung: Hauptschriftleitung 12—1 Uhr, übrige Schriftleitung 11—12 Uhr. — Berliner Schriftleitung: Berlin SW 61, Blücherstraße 12. Leitung: Alfred W. Kames.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192803021-10/fragment/page=0003

Provinz Sachsen und Nachbargebiete

Die verräterischen Geldscheine

Wettin, 1. März. Der Raubüberfall auf einen Werkmeister der Solvay-Werke, dem annähernd 8000 Mark Lohngelder gewaltsam entrissen wurden, ist durch einen Zufall aufgeklärt worden. Einer der Beteiligten kam betrunken nach Hause und warf ein Bündel Geldscheine auf den Tisch. Seine Ehefrau vermutete, daß ihr Mann in der Trunkenheit Haus und Acker verkauft habe und wandte sich, um die Sache aufzuklären, an die Polizei. Da die Polizei sofort einen Zusammenhang mit dem Raubüberfall vermutete, beschlagnahmte sie das Geld und brachte den Verdächtigen zu einem Geständnis. Auf Grund seiner Aussagen konnte als Haupttäter an dem Ueberfall der Bäckermeister Algenstein aus Zaschwitz festgenommen werden. Er kam gerade mit dem Verkehrsauto von Halle nach Zaschwitz. Bei ihm in der Wohnung fand man noch 3000 Mark versteckt vor. Sein Wettiner Freund, der ihn jetzt verriet, hatte bei dem Ueberfall Schmiere gestanden.

Beginn des Saalebrückenbaues bei Alsleben

Alsleben, 1. März. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurden die Erd- und Rampenarbeiten nach nochmaliger Ausschreibung an den Mindestfordernden (34 670 Mk.) vergeben. Die Arbeiten werden noch in dieser Woche beginnen. Ingenieure nehmen bereits die erforderlichen Vermessungen vor, und an beiden Saaleufern häuft sich das notwendige Baumaterial an.

Zentral-Polizeipräsidium Weißenfels

Weißenfels, 1. März. Nach einer Mitteilung des preußischen Ministeriums des Innern ist die Wahl des Ortes für ein Polizeipräsidium für die Kreise Merseburg, Weißenfels und Zeitz endgültig auf die Stadt Weißenfels gefallen.

Schwerer Unfall bei der J. G. Farbenindustrie

Bitterfeld, 1. März. Durch abspringende Funken wurde im Chloratraum des Werkes I der J. G. Farbenindustrie der Abteilung Bitterfeld der Arbeiter Paul Kämmler aus Rösa schwer verbrannt. Er hatte aber die Geistesgegenwart, trotzdem seine Kleider sofort Feuer gefangen hatten, in einen Bottich zu springen, der mit Wasser gefüllt war. Dadurch wurden die Flammen sofort gelöscht. Der Mann trug schwere, wenn auch nicht lebensgefährliche Verletzungen davon.

4. Regimentstag des R. J. R. 225

Bernburg, 1. März. Die Regiments-Vereinigung des ehem. R.-J.-R. 225 veranstaltet am 9. und 10. Juni in Bernburg den 4. Regimentstag und verbindet damit die Einweihung des Ehrenmals für die 8000 Gefallenen des Regiments. An alle Regimentskameraden, ganz gleich ob sie der Vereinigung angehören oder nicht, ergeht der dringende Ruf, sich an dieser Wiedersehensfeier zu beteiligen. Aufgabe der Adressen, damit nähere Mitteilungen über das Regimentsfest übersandt werden können, wird erbeten an den Vorsitzenden Wilhelm Deich, Halle, Seydlitzstr. 30, Fernruf: 28 464. Die Vereinigung richtet gleichzeitig an alle Kameraden die herzliche Bitte, Geldspenden für das Ehrenmal einzuzahlen auf das Postscheckkonto 10 155, Leipzig, Wilhelm Deich, Halle. Ueber die eingehenden Spenden wird öffentlich Quittung in den Nachrichtenblättern der Vereinigung gegeben werden. Das Erscheinen der Regimentsgeschichte (K. T. V.) wird voraussichtlich bis zum Tage des Regimentsfestes möglich sein. Es sind schon eine große Zahl Bestellungen eingelaufen. Doch je höher die Auflage wird, desto billiger wird der Bezugspreis für das einzelne Werk.

Regimentstag des Landw.-Inf.-Rgts. 153

Magdeburg, 1. März. Am Sonntag, 11. März, halten die Angehörigen des ehem. Landwehr-Inf.-Rgts. 153 in Magdeburg in Friedrichs Festsälen, Gr. Diesdorferstr. 254, ihren ersten Regimentstag ab. Die Feier beginnt mit einer Weihestunde, zu der Prof. Dr. Moldenhauer-Köln, ehemaliger Kommandeur des 2. Batals., die Festrede halten wird. Das Magdeburger Lehrer-Quartett wird die Feierstunde stimmungsvoll umrahmen. Den gefallenen Kameraden zum Gedenken wird ein Kranz am Denkmal des Inf.-Regts. 26, von dem die meisten Kameraden gekommen sind, niedergelegt werden. Nach gemeinsamem Mittagessen findet von 15—18 Uhr eine große Wiedersehensfeier statt. Durch gesangliche, musikalische und turnerische Darbietungen, durch ernste und heitere Vorträge, Lichtbilder usw. ist für gute Unterhaltung gesorgt. Da die Damen der Kameraden mitgeladen sind, bildet ein Tänzchen den Abschluß der Feier.

Bernburg beantragt Theaterzuschüsse

Bernburg, 1. März. Bei der Position „Kunst und Wissenschaft" wurde im Haushaltsausschuß des anhaltischen Landtages von den Vertretern der Stadt Bernburg der Antrag auf Einsetzung eines Zuschusses für das Theater in Bernburg befürwortet. Vom Ministerium wurde entgegnet, daß die vorjährige Position lediglich für die Wiederherstellung des Theatergebäudes eingesetzt worden sei. Zwei unterstützte Theater könne sich das Land nicht leisten.

Dazu wird noch mitgeteilt, daß es sich im Verhältnis zu der Unterstützung, die das Friedrich-Theater ständig vom Lande erhält, nur um einen geringfügigen Betrag, nämlich um 20 000 Mark, handelt. Hierbei ist aber vor allem wichtig, daß der Zuschuß von 20 000 Mark eigentlich dem Staate selbst wieder zugute kommt, denn man beabsichtigt, das Friedrichtheater gastspielweise spielen zu lassen und hierfür die beantragten 20 000 Mark zu verwenden. Es ist also eigentlich gar kein Zuschuß, sondern vielleicht nur eine Verschiebung der Mittel, denn der Zuschußbedarf des Friedrich-Theaters kann sich durch diese Austscher-Gastspiele ermäßigen. Auch Magdeburg und Halle hätten Interesse an Gastspielen in Bernburg, hauptsächlich, um ihren Zuschußbedarf zu vermindern.

---

m. Friedeburg, 1. März. (Kirchenvisitation.) Sonntag und Montag fand in der Parochie Friedeburg eine Kirchenvisitation durch den Superintendenten Scheibe, Beesenstedt, statt. In Rumpin und Friedeburg fand Gottesdienst statt, hier gleichzeitig eine Prüfung der Konfirmanden. In Zickeritz nachmittags ein Kirchenkonzert, das sehr gut besucht war, und abends für die Gesamtparochie im Stammerschen Gasthof ein Familien-Abend unter Mitwirkung des Gesangvereins „Liedertafel" und der Schulkinder. Ein Film, „Das Wunder der Sternenwelt", brachte die sehr zahlreich Erschienenen in Staunen und Nachdenken. Gestiftete und von den hiesigen jungen Mädchen gearbeitete Gegenstände kamen zur Verlosung. Der Erlös soll zur Beschaffung einer Kirchenfahne für Friedeburg verwandt werden. In seiner Schlußansprache wies Superintendent Scheibe auf das bevorstehende Scheiden unseres Pfarrerpaares und sein segenreiches Wirken in seinen Gemeinden hin. — Gestern folgten die anderen Arbeiten betr. die kirchlichen Grundstücke und sonstigen Vermögen. Abends fand noch eine gemeinsame Sitzung der kirchlichen Körperschaften statt.

i. Mücheln, 1. März. **(Eingemeindung von Möderling?)** Die Gemeinde Möderling, mit welcher erst vor ein paar Jahren Neubiendorf vereinigt worden ist, hat den Antrag eingebracht, nach Mücheln eingemeindet zu werden. Mödersing liegt 3 Kilometer von Mücheln ab und grenzt dicht unmittelbar an die Stadt an. Diese große Industriearbeitergemeinde steht ganz unter sozialistischer Verwaltung; nur 1 bürgerlicher (deutschnationaler) Abgeordneter ist in der Gemeindevertretung. Eine geschlossene Stadtverordnetensitzung in Mücheln soll dem Antrag in ihrer Mehrheit zugestimmt haben. Dagegen hat sich jetzt in der Bürgerschaft unter Führung des Haus- und Grundbesitzer-Vereins eine Bewegung erhoben, welche aus kommunalen und politischen Gründen die Eingemeindung von Mödersling ablehnt.

i. Mücheln, 1. März. (Schulneulinge.) Die Anmeldung der Schulneulinge für die Volksschule zeigt im Gegensatz zu einer früheren statistischen Berechnung ein weiteres Anwachsen der Zahl der A-B-C-Schützen; es wurden 37 Mädchen und 30 Knaben gemeldet. Für die Sexta der Realschule rechnet man in diesem Jahre noch einmal mit einer geringeren Anzahl von Aufnahmen, da der Kriegsjahrgang 1918 sehr schwach ist.

ch. Oberröblingen a. See, 1. März. (Die hiesige Ortsgruppe des Königin-Luise-Bundes) veranstaltete einen heiteren Abend, der gut besucht war. Wie die 1. Vorsitzende, Frau Rost, in ihrer Begrüßungsansprache hervorhob, sollte an diesem Abend voll ungetrübter Fröhlichkeit ganz besonders die schöne Freude an alten deutschen Rundtänzen, zu ihrem Rechte kommen. Einige Kräfte der Chorröblinger Bergkapelle machten gute Tanzmusik. Bald herrschte fröhliche Stimmung, die noch erhöht wurde durch heitere Gesangsvorträge (Frl. Rost und Frl. Steinkopf, rau Krümpler, Frau Weber).

Naturschutztag in Dessau

Dessau, 1. März. Um den Naturschutzgedanken in immer weitere Kreise zu tragen, insbesondere auch die Lehrerschaft und damit die Jugend für die Naturschutzbewegung zu gewinnen, veranstaltet das Staatsministerium am Montag, 5. März, d. J., in der Aula des Fridericianums in Dessau einen Naturschutztag. Die mit dem Naturschutztage verbundene Ausstellung „Naturschutz und Schule", die einen umfassenden Ueberblick über die der Schule offenstehenden Möglichkeiten zur Pflege des Naturschutzgedankens gibt und zuletzt in Berlin gezeigt wurde, wird der Oeffentlichkeit vom 6. bis einschließlich 18. März d. J. zugänglich gemacht werden und zu diesem Zwecke täglich von 9 bis 16 Uhr (Sonnabends und Sonntags bis 18 Uhr) bei freiem Eintritt geöffnet sein.

Zwei Opfer eines Verkehrsunfalles

Tiefenort (Kreis Eisenach), 1. März. Zwei Motorradfahrer stießen in Herrenbreitungen in der Dunkelheit mit einem Geschirr zusammen und wurden vom Rade geschleudert und auf der Stelle getötet. Es handelt sich um einen Herrn Wolf aus Barchfeld und einen Herrn Simon aus Immelbronn.

Mittel für Wanderschutzwege im Harz

dt. Wernigerode, 1. März. Dem Harzklub sind vom Provinziallandtag der Provinz Sachsen für Anlegung von Wanderschutzwegen 1000 Mark bewilligt worden. Auch an die Landtage von Braunschweig und Anhalt, sowie der Provinz Hannover sind Wünsche auf gleiche Beihilfen gerichtet worden, um die dringend notwendige Schaffung von Wanderschutzwegen im Harz in größerem Maßstabe durchführen zu können.

Döblitz, 1. März. (Gegen die Linksparteien.) Die kürzlich in unserem Orte stattgefundene Versammlung der „Deutschnationalen Volkspartei" war trotz der vielen Feste, die gefeiert waren und gefeiert werden, gut besucht. Neben dem Landwirt und Landarbeiter waren auch Mitglieder des „Wahrwolf" und des „Schornhorst" erschienen. Herr Lüdicke, Halle, konnte den Zuhörern nachweisen, daß die Linksparteien bewußt das Elend des Volkes herbeigeführt haben, und daß sie bewußt die Städter gegen das Landvolk hetzen. Geschäftsführer Roche zählte das Sündenregister der Linksparteien auf und wurde einbringlich, den Lockrufen der Roten zu folgen. Die Front sei klar: Landvolk, Wehrverbände und Deutschnationale Volkspartei gegen das heutige unheilvolle System, gegen den Marxismus für das deutsche Volk. Die Versammlung war ein voller Erfolg der Deutschnationalen. Anwesende Kommunisten meldeten sich nicht zum Wort.

Bad Frankenhausen, 1. März. (Frankenhausens Stadtältester gestorben.) Der Stadtälteste, Schneidermeister Wilhelm Seidel, ist im Alter von fast 95 Jahren gestorben. Der Verstorbene ging bis zuletzt seinem Berufe nach.

rl. Halberstadt, 1. März. (Die Arbeitgeberverbände) der drei Städte Halle, Oschersleben und Quedlinburg haben die bestehenden Gehaltstarife für diese Städte gekündigt. Die Maßnahme dürfte mit der durch die Angestelltengewerkschaften erfolgten Kündigung des Manteltarifes zur Herbeiführung besserer Arbeitsbedingungen zusammenhängen. Wenngleich die Vorschläge für eine Neuregelung bisher nicht vorliegen, darf aus dem Vorgehen der Arbeitgeberverbände geschlossen werden, daß sie nicht entschlossen sind, irgendwelche Zugeständnisse zu machen.

Quedlinburg, 1. März. (Wichtige Verkehrsverbesserungen.) Der Ostteil des Landkreises Quedlinburg erhält zum 1. April die langgewünschten Verkehrsverbesserungen, die eine günstigere Verbindung mit Quedlinburg und Aschersleben ermöglichen. So wird die Postautolinie Quedlinburg—Hausneindorf über Friedrichsaue bis Schadeleben weitergeführt. Ferner hat die Kleinbahn-Verwaltung in Aschersleben eine Vermehrung und Besserlegung der Zugpaare zwischen Aschersleben und Schneidlingen in Aussicht gestellt. Eisenbahn und Postauto legen die Anschlüsse in Schadeleben so, daß die Verkehrsverbesserungen auch den Ortsachsen Cochstedt, Schneidlingen und Pr.-Börnecke zum Vorteil gereichen.

Wreta, 1. März. (Von schweren Unglücksfällen) wurde die hiesige Familie Gustav Otto heimgesucht. Nachdem sie erst vor etwa 5 Wochen ihren 5 Jahren alten Sohn durch einen Unfall verloren hat, wurde ihr jetzt das einzige Jährigen Söhnchen entrissen. Der Kleine wurde, als er versuchte, einen auf dem Tisch stehenden Topf kochender Milch zu erlangen, so schwer verbrüht, daß er am gleichen Tage starb.

Werbau, 1. März. (Werkmeister-Bezirkstag.) Am 8. und 4. März 1928 veranstaltet der Deutsche Werkmeister-Bund in Werbau seine diesjährige Bezirkstagung für Sachsen. Am Sonnabend, 3. März, veranstaltet gleichzeitig die Ortsgruppe Werbau ihr zweites Stiftungsfest, verbunden mit einer öffentlichen Kundgebung.

Ries, 1. März. (Von einem Bretterzaun erschlagen.) Während eines starken Sturmes wurde in der Speicherstraße ein Bretterzaun mit einer 3 Meter hohen Riegelsäule umgeworfen. Der Eisenbahnassistent Neuhäuser, der gerade vorüberging, wurde auf der Stelle getötet.

Mühlhausen, 1. März. (Ein erfreuliches Urteil.) Ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens war Mitglied des sozialistischen Metallarbeiterverbandes, der seinen Austritt aus dem Jungdeutschen Orden verlangte. Darauf trat der betreffende Arbeiter aus dem sozialistischen zum christlichen Metallarbeiterverband über. Er wurde später arbeitslos, sollte aber kürzlich von einer Firma eingestellt werden. Der sozialistische Betriebsrat dieser Firma widersprach der Einstellung und drohte im Falle seiner Einstellung mit „Verweigerung von Ueberstunden". Infolgedessen sah die Firma von seiner Einstellung ab, so daß er weiter ohne Arbeit blieb. Auf Klage gegen die Mitglieder des Betriebsrates hat das Amtsgericht diese verurteilt, dem Kläger den ihm durch die Nichteinstellung entstandenen Schaden nebst Zinsen zu erstatten. Das Gericht stellt fest, daß das Verhalten des Betriebsrates vorsätzlich und unter Verstoß gegen die guten Sitten den Kläger geschädigt habe.

Merseburg

= Eine neue Omnibuslinie. Vor kurzem hat die Omnibuslinie Merseburg—Bläsien—Frankleben—Groß-Kayna—Braunsdorf—Roßbach—Leiha den Betrieb aufgenommen.

Sangerhausen

— Gefährdung eines Eisenbahntransportes. Ein von Sangerhausen kommendes, mit zwei Personen besetztes Automobil fuhr in voller Fahrt durch eine geschlossene Schranke des Bahnüberganges zwischen Sangerhausen und Riestedt und blieb mitten auf dem Bahnkörper stehen. In demselben Augenblick mußte jedoch ein Güterzug die Strecke passieren. Mit viel Mühe gelang es, das Automobil beiseite zu schieben. Den diensttuenden Beamten trifft nicht die geringste Schuld. Wie wir hören, waren die beiden Autofahrer stark angetrunken.

— Der Sangerhäuser Fertelmarkt beginnt mit dem 3. März bis auf weiteres bereits um 7 Uhr morgens.

— Er war wirklich einmal unschuldig. Der Arbeiter Willi Bornkessel von hier, ein schon unzählige Male vorbestrafter Bursche, hatte sich wegen Diebstahls im strafschärfenden Rückfalle zu verantworten. Die Beweisaufnahme und die Zeugenaussagen ergaben jedoch, daß die dem vorgeführten „berühmten Bornkessel" im Jahre 1922 in Brücken zur Last gelegten Einbruchsdiebstähle nicht von ihm ausgeführt worden seien. Er mußte daher freigesprochen werden.

— Vergiftete Hühner. Einem hiesigen Landwirt wurde eine ganze Anzahl Hühner mit Phosphor vergiftet. Hoffentlich gelingt es, den Uebeltäter festzustellen.

— Motorradraserei. Am Brandrain vergnügte sich ein Motorradfahrer damit, dort in äußerst schneller Fahrt entlang zu rasen. Dabei passierte es, daß er den Tischler B. anfuhr und ihn am linken Unterarm nicht unerheblich verletzte. Gegen den Fahrer, dessen Name festgestellt wurde, ist Anzeige erstattet.

— Donndorf, 1. März. (Schwer im Gesicht verbrannt) hat sich die neunjährige Tochter des Häuers Karl Michael beim Anmachen von Feuer mit Petroleum.

— Gehofen, 1. März. (Ergebnislose Rattenjagd) Leider kann man jetzt in unserer Gemeinde die Feststellung machen, daß die vor einigen Wochen durchgeführte Rattenvergiftung nicht den gewünschten Erfolg gehabt hat. Nach wie vor laufen diese Nagetiere in den Gehöften umher, und es dürften wohl alle Geldausgaben vergebens sein, wenn nicht ein Gewaltmittel angewandt wird.

— Voigtstedt, 1. März. (Neuer Standesbeamter.) Der Regierungspräsident in Merseburg hat für den Standesamtsbezirk Voigtstedt an Stelle des verstorbenen Standesbeamten Krempler den Landwirt Otto Wagner zum Standesbeamten bestellt.

— Eisersleben, 1. März. (Bei der Neuverpachtung der Gemeindeschenke) wurde unter mehr als 30 Bewerbern dem Fleischermeister Kronberg aus Allerstedt der Zuschlag erteilt.

— Allstedt, 1. März. (Industrieerweiterungen.) Das bisher unter der Firma „B. Rudolf Kommanditgesellschaft in Allstedt" betriebene Fabrikunternehmen ist durch Kauf in den Besitz des Diplom-Ingenieurs Möhring aus Wernigerode übergegangen, der beabsichtigt, ein modernes Kupferhammerwerk zu errichten.

Aschersleben

* **Die Höhe der Wohlfahrtsunterstützungen.** Am 1. Oktober wurden bekanntlich auch die Sätze für die Wohlfahrtsunterstützung erhöht. Man unterscheidet hier zwei Gruppen: die allgemeine Fürsorge und die gehobene. In der 1. Gruppe werden 80 M., in der 2. Gruppe 40 M. ausgezahlt. Hierzu treten die Zuschläge für Ehegatten und Kinder, die 50 Prozent bzw. 25 Prozent der Unterstützungssumme betragen. Auf diese Gesamtunterstützung werden aber nachweisbare Einnahmen in Anrechnung gebracht. Die Unterstützung der Kleinrentner wird etwas anders gehandhabt. Es sind hier drei Gruppen gebildet worden, denen 40,25 oder 18 M. ausgezahlt werden.

* **Die Mieten im Rentnerheim.** Das Rentnerheim hat sich trotz seiner für ruhebedürftige alte Leute etwas ungünstigen Lage recht gut bewährt. Das teure Bauen in heutiger Zeit bringt es aber mit sich, daß die Mieten zur Deckung der laufenden Unkosten, die vor allen Dingen aus der Verzinsung und Amortisation der Kapitalien bestehen, nicht ausreichen. Etwa 30 Prozent werden bisher von der Stadt getragen. Nun ist aber eine Steigerung der Mieten um diesen Betrag kaum durchführbar. Darum will man den Mittelweg beschreiten und nur um 10 Prozent steigern. Die Stadt schießt dann jährlich noch mehrere tausend Mark zu.

* **Die Schupo geht.** Am Dienstag verließ ein Trupp Schupo mit zwei Autos unsere Stadt. Unter den Klängen des alten Ausmarschliedes „Muß i denn zum Städtele hinaus" fuhr er von der Polizeiwache ab. Die Beamten sind nach Magdeburg versetzt worden.

* **Das Volksfest.** In der letzten Sitzung des Magistrats wurde das Volksfest auf den 25. bis 27. August festgelegt. Es wird nun wohl für immer auf der Herrenbreite bleiben, und das ist recht erfreulich Man hat auch bereits bei der Kabellegung durch Einbau zweier Verteilungsstellen auf der Herrenbreite selbst dafür Sorge getragen, daß es nicht an dem erforderlichen Strom fehlt.

* **Was wird aus dem Goetheplatz?** Es ist immer bedauerlich, wenn beim Bau neuer Straßenzüge die schöne Wirkung durch einen schmucklosen Platz beeinträchtigt wird. Das ist mit der Gottfried-August-Bürger-Straße der Fall, vor deren ganzer Front der Goetheplatz sich erstreckt. Es ist schon mancherlei in Erwägung gezogen worden, um ihn besser auszugestalten. Das hat sich aber bisher wegen der schlechten Finanzlage nicht ermöglichen lassen. Wir werden uns also wohl oder übel damit abfinden müssen, daß der Platz in seiner jetzigen Gestalt noch eine Reihe von Jahren bestehen bleibt.

* **Gastspiel der Münchener Musikbühne.** Auch die Theatergemeinde will ihre Schauberufeier veranstalten, die, dem Charakter des Vereins entsprechend, in einer theatralischen Vorstellung bestehen soll. Es ist hierfür die Münchener Musikbühne zu einem Gastspiel gewonnen worden. Es gelangen zwei reizende Einakter zur Aufführung. Ein Stimmungsspiel von Joseph Ludwig Fischer, „Schubertiade und Tanzvisionen", gibt ein Bild aus dem Leben des Schubert'schen Freundeskreises. Das zweite, „Die Zwillingsbrüder", ist eine reizende kleine Oper Schuberts. Der Abend ist eine Sonderveranstaltung und nicht im Rahmen der sonstigen Veranstaltungen gedacht. Der Bote wird beim Einkassieren der Märzbeiträge die Karten zu 2,—, 1,50 und 1 Mark vorlegen. Diese können dann am 8. März bei Bennewitz gegen die Platzkarten umgetauscht werden. Verlosung findet nicht statt, so daß jeder sich einen Platz aussuchen kann. Am 9. und 10. März sind die Karten gegen ein geringes Aufgeld freigegeben. Die Vorstellung selbst findet am Sonntag, 11. März, statt.

* **Der Nachfolger des Stadtrats Jenke.** Stadtrat Jenke hat nach seiner Wahl zum Stadtrat sein Mandat als Stadtverordneter niedergelegt. An seine Stelle tritt der Listennachfolger, Lagerhalter Oesterreich. Er wird gelegentlich der nächsten Stadtverordnetensitzung eingeführt werden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X192803021-10/fragment/page=0004